

Mai

2022

SOVD *Magazin*

Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland



Wenig Nutzen, viel Verunsicherung

Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL)

weiterhin in der Kritik

Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein. Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet. Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.




Die bundesweit ca. 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.

„IGel“ in der Kritik

Individuelle Gesundheitsleistungen nutzen meist wenig. Bei Patient*innen sorgen sie oft eher für Verunsicherung.

Seite 12–21



Altenpflegerin im Bundestag

Claudia Moll ist Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung. Lange Zeit war sie selbst in der Pflege tätig.

Seite 30–33



Tempo machen für Inklusion

Der Europäische Protesttag für Menschen mit Behinderung findet am 5. Mai zum 30. Mal statt.

Seite 40–43

Foto Titelbild: DC Studio / Adobe Stock



Gestiegene Preise

Eine hohe Inflationsrate drängt Ärmere zunehmend ins Elend. Der SoVD fordert Gegenmaßnahmen.

Seite 4–11



Quarantäne-Pflicht bleibt

Anders als geplant wird die Isolation bei einer Infektion mit dem Coronavirus nicht freiwillig.

Seite 34–37



Inflationsrate hoch wie seit 40 Jahren nicht – SoVD fordert mehr Abfederungsmaßnahmen

Preise drängen Ärmere ins Elend

Seit Monaten steigen die Preise. Insbesondere Energie- und Heizkosten schießen weiter in die Höhe. Aber auch viele Grundnahrungsmittel sind deutlich teurer geworden. Die Inflationsrate, angetrieben durch den Angriffskrieg auf die Ukraine, lag im März bei 7,3 Prozent. Zu spüren bekommen das vor allem diejenigen, die ohnehin wenig haben. Die Entlastungspakete der Regierung helfen, reichen aus Sicht des SoVD aber nicht aus, um die Ärmsten aufzufangen.

Foto: Minerva Studio / Adobe Stock

Nicht allein die Preise für Öl und Gas steigen immer weiter, auch für Nahrungsmittel müssen Verbraucher*innen immer tiefer in die Tasche greifen.

Die Inflation ist auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung gestiegen. In den alten Bundesländern gab es laut Angaben des Statistischen Bundesamtes einen ähnlich hohen Wert zuletzt im Herbst 1981. Im Februar hatte die Jahresinflationsrate noch bei 5,1 Prozent gelegen. Höhere Teuerungsraten schmälern die Kaufkraft von Verbraucher*innen. Sie merken zum Beispiel an der Supermarktkasse, dass sie für ihr Geld weniger kaufen können als zuvor. Um die durch die Decke gehenden Preise tragbarer zu machen, hat die Ampelregierung mehrere Maßnahmen beschlossen. Sie sollen schnelle, unbürokratische und sozial gerechte Hilfe „für die Mitte der Gesellschaft“ leisten.

Energiepauschale erreicht nicht alle Menschen

Eine zentrale Hilfe ist die „Energiepauschale“, die demnächst mit dem Gehalt ausgezahlt werden soll (wir berichteten). Die Höhe der tatsächlich ausgezahlten Unterstützungsleistung ist dabei von der Einkommensteuer abhängig.



Foto: DariaTrofimova / Adobe Stock

Das heißt: Geringverdienende bekommen netto mehr heraus als Menschen mit hohem Steuersatz. Die unbürokratische Entlastung findet die Zustimmung des SoVD. Der Verband kritisiert jedoch, dass bei der Bonuszahlung Personengruppen leer ausgehen, die die Unterstützung ebenfalls dringend benötigen würden. So bleiben alle Minijobber*innen und ein Großteil der Midijobber*innen außen vor. Auch Auszubildende ohne Vergütung und Studierende wurden nicht einbezogen. Von der Unterstützungsleistung ausgenommen ist zudem die Gruppe der Rentner*innen. In einem offenen Brief wandte sich Adolf Bauer deshalb mit dem dringenden Appell an die Bundesregierung, auch weitere Personengruppen zu berücksichtigen. Damit reagierte der SoVD auch auf Zuschriften von SoVD-Mitgliedern, die zutiefst enttäuscht über den vorgesehenen Ausschluss sind, zumal ihnen bewusst ist, dass gleichzeitig Erwerbstätige mit hohem und sehr hohem Einkommen zumindest anteilig von der Pauschale nutzen.

Maßnahmenpakete reichen für die Ärmsten nicht aus

Abgesehen davon, dass die Energiepauschale nicht überall, wo sie gebraucht wird, ankommt, genügt die Unterstützungsleistung gerade bei schwächeren Haushalten nicht, um die eklatanten Preissteigerungen von inzwischen über sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr aufzufangen. Daran ändern auch die geplante Einmalzahlung von 200 Euro unter anderem für Empfänger*innen von Sozialleistungen und das Neun-Euro-Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nur wenig.

Arme Menschen waren bereits von der Pandemie und den gestiegenen Wohnkosten hart getroffen. Sie können nicht weiter einsparen. Armutsforscher*innen warnen vor der drohenden „Verelendung“ vieler Menschen. Die Leistungen, die bei längerer Arbeitslosigkeit oder niedriger Rente eine Grundsicherung gewährleisten sollen, reichen längst nicht mehr aus, um das Existenzminimum zu sichern.

Das lässt sich auch in Zahlen deutlich machen: Noch nach einem



Foto: _KUBE_/Adobe Stock

Beschluss der Großen Koalition stieg der Hartz-IV-Regelbedarf für Alleinstehende zum 1. Januar 2022 von 446 um ganze drei Euro auf 449 Euro im Monat. Nur etwas mehr als fünf Euro pro Tag sind für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke vorgesehen.

Es liegt auf der Hand, dass eine ausgewogene Ernährung mit den geltenden Regelsätzen schon vor dem Anstieg der Preise kaum möglich war – daran ändert auch die minimale Erhöhung zu Jahresbeginn nichts.

Weil nun gerade die Grundnahrungsmittel wie Brot, Mehl, Nudeln sowie Obst und Gemüse spürbar teurer geworden sind, können sich immer mehr Menschen nicht gesund und ausreichend ernähren. Gemeinsam mit anderen Organisationen und Verbänden forderte der SoVD deshalb Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf, armutspolitisch noch stärker als bislang gegenzusteuern. Der SoVD bekräftigte dabei seine Forderung, in den Grundsicherungssystemen bis zur grundsätzlichen Neufestlegung der Regelsätze einen mo-

natlichen Krisenzuschlag in Höhe von 100 Euro zu zahlen.

„Die geplante Einmalzahlung für die Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen in Höhe von 200 Euro geht zwar in die richtige Richtung, entspricht aber gerade mal 16,66 Euro im Monat“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer. Das könne die exorbitanten Teuerungen nicht ausreichend abfedern. Besonders wichtig sei es, auch Haushalte mit geringem Einkommen knapp oberhalb der Grundsicherungsschwelle nicht zu vergessen: „Ob BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger, Wohngeldbezieher, Kinderzuschlagsberechtigte oder Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Renten – sie müssen ebenfalls entlastet werden. Viele Rentnerinnen und Rentner, die überwiegend mit einer mageren Rente auskommen müssen, können schlicht den Gürtel nicht noch enger schnallen“, betont Bauer.

Mindestlohn früher einführen und erhöhen

Neben den Sozialleistungen halten auch die Löhne mit der Ver-



Foto: industrieblick / Adobe Stock

teuerung nicht Schritt. Der SoVD fordert deshalb, den Mindestlohn früher als geplant anzuheben. Aus Sicht des SoVD sollte zudem geprüft werden, ob zur Verbesserung der Kaufkraft vieler Menschen im Niedriglohnbereich die für Oktober vorgesehene Anhebung in der geplanten Höhe überhaupt noch ausreicht. „Für uns als SoVD steht fest, dass der Mindestlohn mindestens 13 Euro pro Stunde betragen muss“, sagt der SoVD-Präsident. Wegen der immensen Staatsausgaben sowie zur Einnahmeverbesserung der öffentlichen Haushalte fordert der SoVD, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögensteuer oder eine Vermögensabgabe nicht länger zu tabuisieren. „Wir brauchen endlich ein Umdenken der politisch Verantwortlichen. Es kann doch nicht sein, dass die Ärmsten weiter abrutschen, während gleichzeitig der noch in der Corona-Pandemie gewachsene private Reichtum der Reichsten zu wenig zur Finanzierung unseres Gemeinwesens herangezogen wird.“

Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) stehen weiterhin in der Kritik

Wenig Nutzen, viel Verunsicherung



Darf's auch etwas mehr sein? Was als Nachfrage an der Käse- oder Wursttheke nicht überrascht, scheint in der Arztpraxis fehl am Platz. Schließlich übernimmt die gesetzliche Krankenversicherung die Kosten medizinisch notwendiger Behandlungen. Trotzdem bezahlen Patient*innen für Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) jedes Jahr rund eine Milliarde Euro aus eigener Tasche. Der SoVD kritisiert seit Langem, dass die Wirksamkeit dieser Angebote wissenschaftlich nicht belegt ist – teilweise überwiegt sogar deren potenzieller Schaden.

Foto: DC Studio/Adobe Stock

Was nicht in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufgenommen wurde, muss selbst bezahlt werden. Über entsprechende Angebote müssen Ärzt*innen im Vorfeld allerdings ausreichend aufklären.

Grundsätzlich dürfen die gesetzlichen Krankenkassen nur solche Leistungen bezahlen, die ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind. Was in diesem Leistungskatalog der Kassen enthalten ist, darüber entscheidet der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA). Das Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung besteht aus Ärzt*innen sowie aus Vertreter*innen von Krankenkassen und Krankenhäusern.

Qualität von IGeL wird nicht überprüft

Erst wenn der Nutzen einer Untersuchungs- oder Behandlungsmethode wissenschaftlich erwiesen ist, kann diese zur Kassenleistung werden. Im Einzelfall gibt es allerdings auch Angebote, die medizinisch zwar nicht unbedingt notwendig, für Patient*innen aber dennoch sinnvoll sind. Hierzu gehören etwa ärztliche Atteste, Reiseimpfungen, Schönheitsoperationen oder auch Paartherapien. Hinter der Bezeichnung IGeL verbergen sich neben diesen Beispielen unzählige weitere Angebote,



Foto: Sven Bähren/Adobe Stock

Zusätzliche Untersuchungen per Ultraschall werden gerne angeboten, sind jedoch nicht zwingend nötig.



deren Qualität nicht immer erwiesen ist. Als Selbstzahlerleistung zugelassen sind sogar solche Untersuchungs- oder Behandlungsmethoden, die der G-BA negativ bewertet hat. Patient*innen können somit weder deren Nutzen einschätzen, noch die jeweils dafür verlangten Preise miteinander vergleichen.

Manche Leistungen richten sogar Schaden an

Eingehender beschäftigt sich der vom Medizinischen Dienst Bund betriebene IGeL-Monitor mit dieser Thematik. Die Bilanz fiel zuletzt ernüchternd aus. Bei den meisten der überprüften individuellen Leistungen kamen die Wissenschaftler*innen zu dem Ergebnis, dass diese entweder gar

Foto: coldwaterman / Adobe Stock

Vorsorgeuntersuchungen werden in der Regel von der gesetzlichen Krankenversicherung abgedeckt.

keinen erwiesenen Nutzen haben oder sogar Schaden anrichten können.

Explizit kritisierte das Team vom IGeL-Monitor die Ultraschalluntersuchung zur Früherkennung von Eierstockkrebs. Dabei könne es zu vielen falsch positiven Ergebnissen und damit zu unnötigen weiteren Untersuchungen und Eingriffen kommen. Auch bei der in vielen Praxen angebotenen Früherkennung von Vitamin-B12-Mangel fand sich keine Studie, die belegen könnte, dass dies die Gesundheit der Betroffenen verbessert.



Foto: pressmaster / Adobe Stock

Wissenschaftliche Studien zur Wirksamkeit von Vitaminkuren gibt es nicht.

Wichtige Tipps

Einer Individuellen Gesundheitsleistung (IGeL) sollte eine ausreichende Aufklärung vorausgehen. Haben Sie keine Angst, dabei auch kritische Fragen zu stellen, und lassen Sie sich in keinem Fall unter Druck setzen!

Bevor es losgeht, muss klar sein, welche Kosten auf Sie zukommen. Zudem unterschreiben Sie vorher einen Behandlungsvertrag. Wenn Sie eine IGeL ablehnen, müssen Sie das nicht weiter begründen.

Lassen Sie sich sachlich informieren und seien Sie skeptisch bei plakativer Werbung, die Ihnen vermittelt, dass Sie erst mit einer IGeL wirklich alles Nötige für Ihre Gesundheit getan haben.

IGeL sind nicht dringend. Fragen Sie daher ruhig bei Ihrer Krankenkasse nach, ob sie diese Leistung unter bestimmten Voraussetzungen nicht doch übernimmt oder sie möglicherweise außerhalb des Leistungskatalogs anbietet.

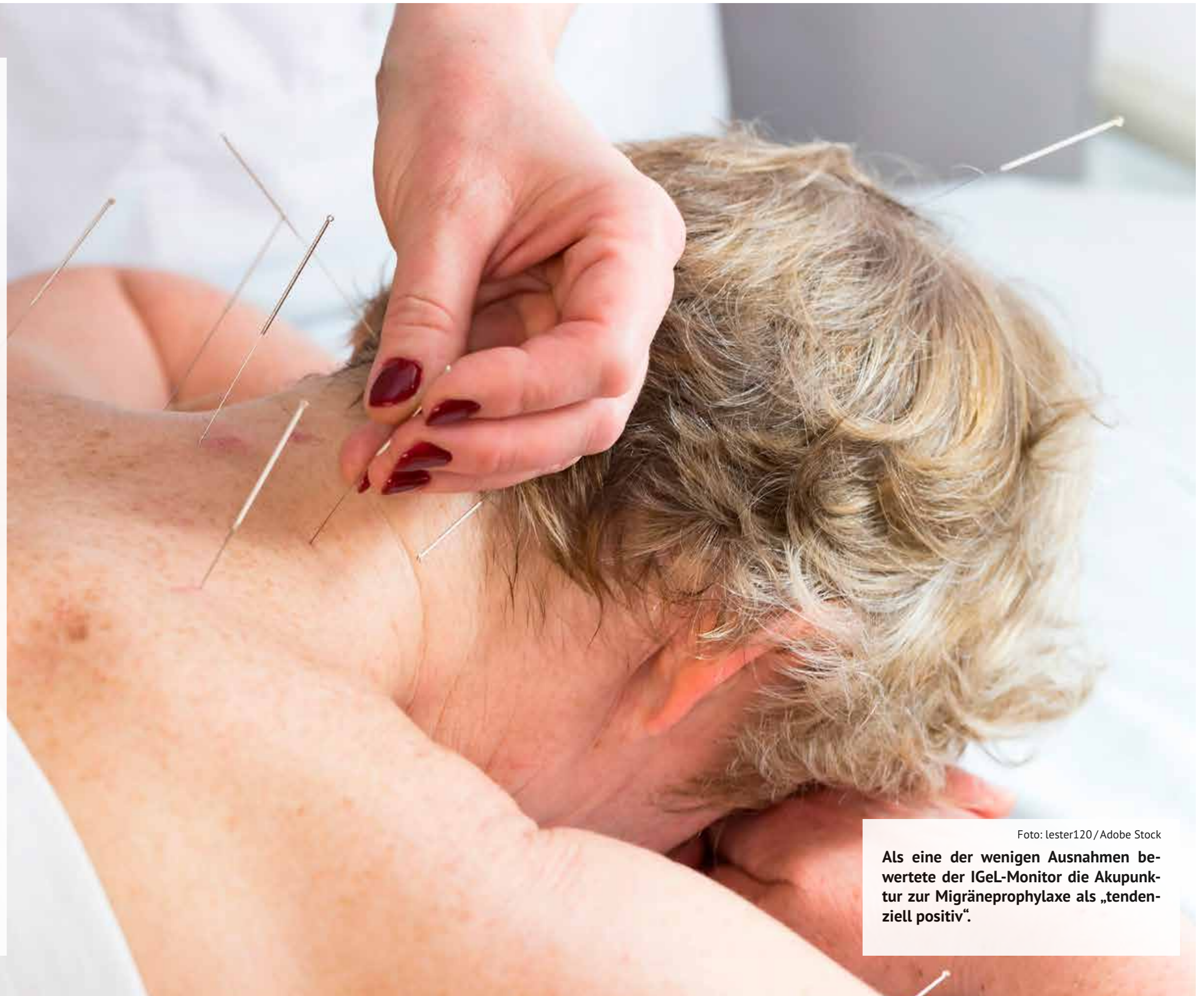
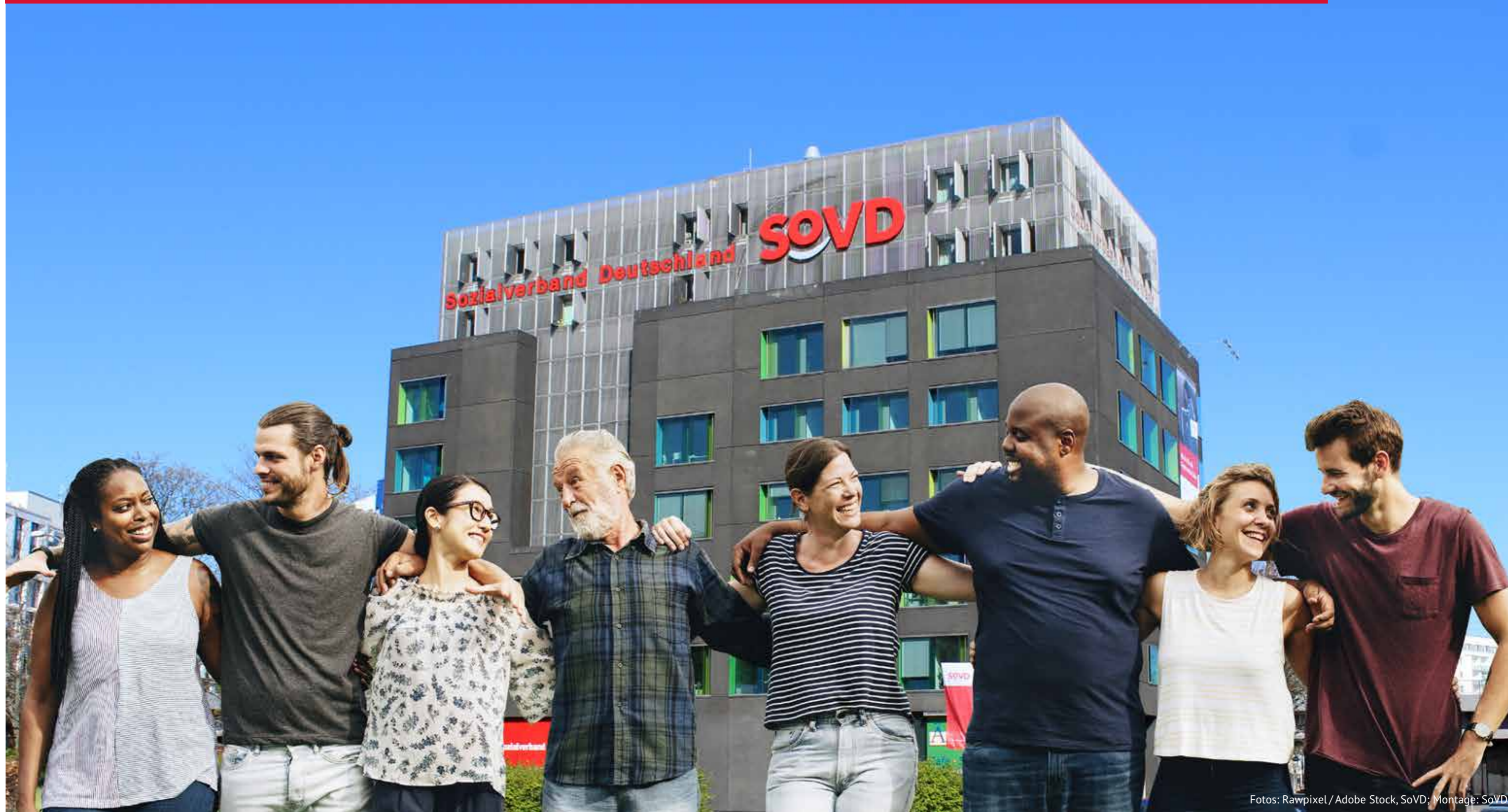


Foto: lester120/Adobe Stock

Als eine der wenigen Ausnahmen bewertete der IGeL-Monitor die Akupunktur zur Migräneprophylaxe als „tendenziell positiv“.

Jetzt SoVD-Mitglied werden



Schlechte Arbeitsbedingungen, akute Personalnot – Pflegende fordern Anerkennung für ihren Beruf ein

Ums Geld allein geht es längst nicht mehr

Sie wollen Menschen begleiten, ihnen helfen, kurz: für sie da sein. Der Alltag vieler Pflegekräfte sieht anders aus. Ihre Kraftreserven reichen oft nur für eine Grundversorgung. Denn mit wenig Personal sollen sie immer mehr leisten. Von der Politik fordern Pflegende daher neben einer angemessenen Bezahlung vor allem bessere Arbeitsbedingungen. Den SoVD wissen sie dabei an ihrer Seite.

Foto: Halfpoint/Adobe Stock

Pflegekräften fehlt es nicht allein an einer besseren Bezahlung, viele wünschen sich auch mehr Respekt vor ihrem Berufsstand.

Foto: Halfpoint/Adobe Stock

Allein der Gedanke, dass eine einzelne Pflegekraft für 30 oder 40 Patient*innen zuständig sein soll, bereitet Kopfschmerzen. Wie sehr die Betroffenen selbst darunter leiden, vermag man sich kaum vorzustellen. Immer häufiger gehen in letzter Zeit die im Pflegebereich Beschäftigten auf die Straße und prangern die Bedingungen an, unter denen sie jeden Tag arbeiten. Längst treibt sie dabei nicht allein der Wunsch nach einer besseren Bezahlung an. Es geht ihnen vor allem um Anerkennung und Wertschätzung für ihren Beruf. Sie wollen, dass der Mensch wieder in den Mittelpunkt der Pflege rückt.

Bei ihrem Amtsantritt stellte die Bundesregierung den beruflich Pflegenden zahlreiche Verbesserungen in Aussicht. Im Koalitionsvertrag hieß es, man habe die Dramatik der Situation in der Pflege erkannt und wolle kurzfristig reagieren. Ein Übergangsinstrument etwa solle die Personalbemessung im Krankenhaus verbindlich regeln. Die konkrete Umsetzung dieses so wichtigen





Foto: Evrymmnt/Adobe Stock

Vorhabens allerdings lässt fast ein halbes Jahr später weiterhin auf sich warten.

Als „gerade noch zulässig“ hatte der SoVD zum Start der Ampelkoalition die Untergrenzen beim Pflegepersonal bezeichnet und gleichzeitig davor gewarnt, die Ausnahme zur Regel werden zu lassen. Von der Politik fordert der Verband seit Langem Personalvorgaben, die sich an dem tatsächlichen Bedarf orientieren. Richtwerte hierfür sollten nach Überzeugung des SoVD für stationäre wie auch für ambulante Einrichtungen bundesweit schnellstmöglich geschaffen werden.

Der Sozialverband hat aber auch die allgemeinen Arbeitsbedingungen in der Pflege im Blick. Eine Beschäftigung in diesem Bereich müsse insgesamt attraktiver gestaltet werden, sei es durch Fortbildungsangebote oder durch Maßnahmen zur Gesundheitsförderung. Vor allem aber steht für den SoVD das Ziel im Mittelpunkt, mit modernen Arbeitszeitmodellen eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen.

Interview mit der Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung

Von der Altenpflege in den Bundestag

Im Januar wurde Claudia Moll zur Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung bestellt. Bevor die SPD-Politikerin per Direktmandat für die Städteregion Aachen in den Deutschen Bundestag einzog, war sie fast 30 Jahre im Bereich der Altenpflege tätig. Warum sie diese Arbeit immer mit Leidenschaft ausgeübt hat und was ihr beim Thema Pflege wichtig ist, darüber sprach sie mit der SoVD-Zeitung.

__Sie sind gelernte Altenpflegerin. Wie würden Sie heute jemanden davon überzeugen, in diesem Beruf anzufangen? Würden Sie das überhaupt?

Ja natürlich! Es ist ein toller Beruf und wir sollten das auch deutlich sagen. Es gibt so viele Möglichkeiten. Man kann in der ambulanten Pflege arbeiten, in Behinderteneinrichtungen, im Hospiz, oder man entscheidet sich für eine weiterführende Ausbildung oder ein Studium. Das ist für mich das Tolle an dem Beruf. Er ist herausfordernd, man trifft Entscheidungen, übernimmt Verantwortung und jeder Tag ist irgendwie anders. Klar ist das an-

strengend, aber es gibt eben auch viele schöne Seiten.

__Sie wollen junge Menschen für die Pflege begeistern. Was schwebt Ihnen dabei vor?

Ich mache gerne Werbung für das Freiwillige Soziale Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst. Den hat meine jüngste Tochter auch gemacht. Aber ich frage mich, warum es keinen Pflege-Freiwilligendienst gibt? Mit abwechslungsreichen Stationen und einer attraktiven Vergütung könnten wir diesen Beruf damit wieder in die Köpfe junger Menschen bekommen.

Es gibt auch Patenschaften zwischen Schulen und stationären Einrich-



Foto: Holger Gross

Claudia Moll ist Ansprechpartnerin für alle, die an Pflege beteiligt sind. Erfahrung aus der Praxis bringt sie in jedem Fall mit.

Bundesministerium

für Gesundheit

tungen. Dort haben Schüler und Schülerinnen ab der achten Klasse eine feste Bezugsperson und können selbst entscheiden, ob sie einen Spaziergang oder einen Spielenachmittag machen wollen. Die Kinder und Jugendlichen gehen damit sehr verantwortungsvoll um, weil sie wissen, dass sich die andere Seite auf ihren Besuch freut. Das hat etwas mit Disziplin zu tun, denn da kann ich nicht mal eben per WhatsApp absagen.

___Wie wird der Pflegeberuf selbst wieder attraktiver?

In vielen Gesundheitsberufen sind die Bedingungen so, dass viele Pflegekräfte nicht dauerhaft im Beruf bleiben. Diesen Teufelskreis durchbrechen wir nur mit mehr Personal. Daher brauchen wir zunächst bessere Arbeitsbedingungen, um die Pflegekräfte zu entlasten, damit sie Familie, Freizeit und Beruf miteinander vereinbaren können. Gleichzeitig müssen wir die Ausbildungsberufe wieder stärker in den Fokus nehmen und hier für mehr Attraktivität sorgen. Ich bin zum Beispiel ein Fan vom dualen Studium.

___Den weitaus größten Teil der Pflege leisten allerdings noch immer Angehörige.

Das ist richtig. Häufig gibt es hier auch noch eine Mehrfachbelastung.

Wenn ich Kinder habe, meine Eltern pflege und obendrein noch arbeiten muss, dann funktioniert das eben nicht auf Dauer. Dabei bleibe ich irgendwann selbst auf der Stre-

Foto: Thomas Ecke

cke. Deshalb brauchen wir unbedingt eine Lohnersatzleistung für pflegebedingte Auszeiten. Gerade im Interesse der Angehörigen wünsche ich mir darüber hinaus weniger Bürokratie und mehr Flexibilität. Ein Entlastungsbudget etwa könnte Leistungen wie Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege zusammenfassen.

___Wie kommen Angehörige oder Pflegebedürftige an die für sie wichtigen Informationen?

Meiner Meinung nach kann das nur mit niedrighwelligen Angeboten gelingen. Denn oftmals wissen Pflegende gar nicht, was ihnen überhaupt zusteht, oder sie sind mit den Anträgen überfordert. Sowohl in der Stadt als auch auf dem Land sollten Pflegebedürftige und Angehörige daher an verschiedenen Stellen auf Pflegeberatungsangebote aufmerksam gemacht werden. Das kann beim Hausarzt sein, in der Apotheke oder auch beim Friseur. Auch die Sozialberatung durch Verbände wie den SoVD spielt natürlich eine wichtige Rolle.

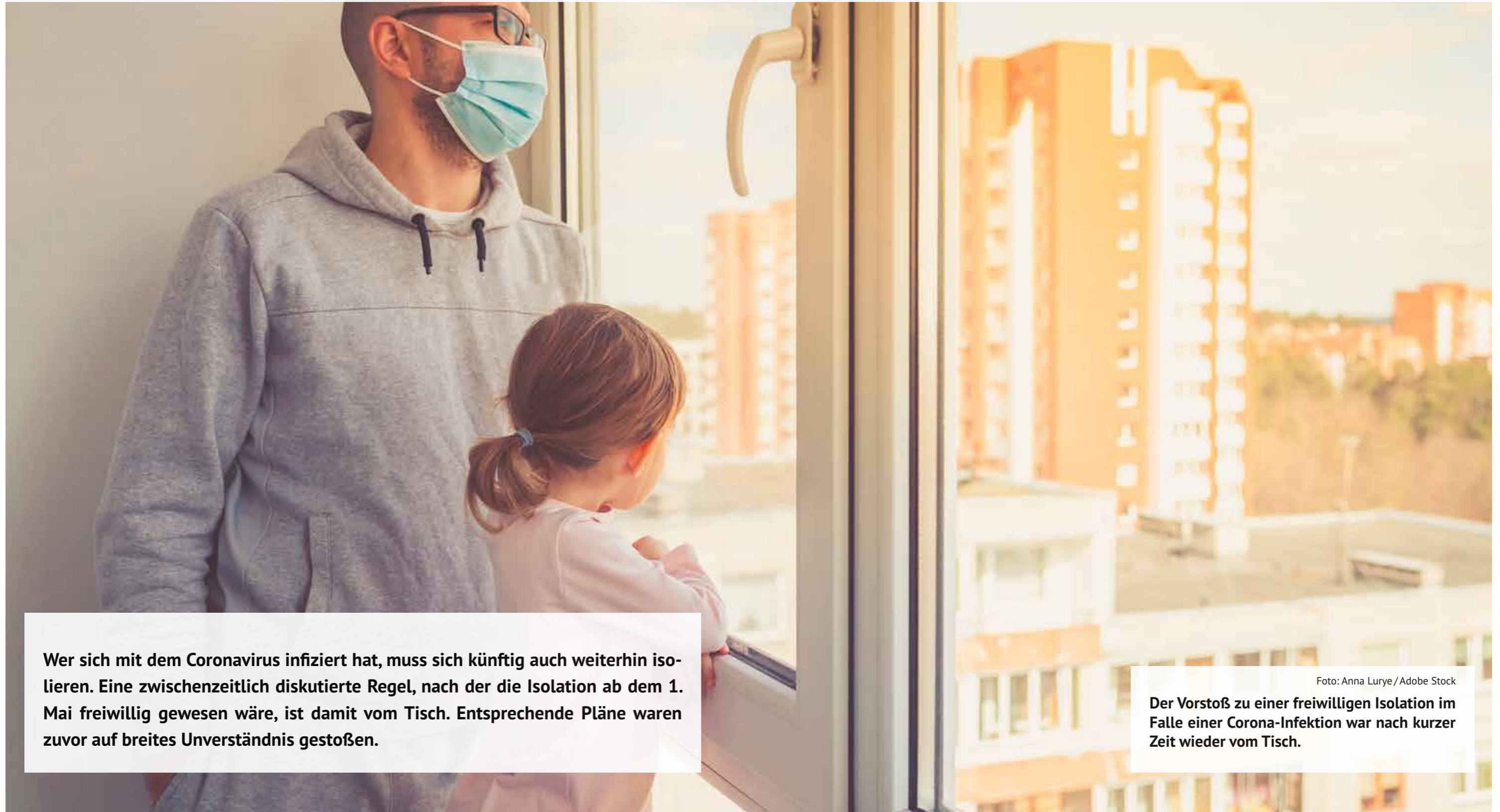


Foto: Holger Gross

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach holte Claudia Moll als Staatssekretärin in sein Ministerium.

Gesundheitsminister kassiert freiwillige Isolation

Weiterhin Quarantäne bei Corona-Infektion



Wer sich mit dem Coronavirus infiziert hat, muss sich künftig auch weiterhin isolieren. Eine zwischenzeitlich diskutierte Regel, nach der die Isolation ab dem 1. Mai freiwillig gewesen wäre, ist damit vom Tisch. Entsprechende Pläne waren zuvor auf breites Unverständnis gestoßen.

Foto: Anna Lurye / Adobe Stock

Der Vorstoß zu einer freiwilligen Isolation im Falle einer Corona-Infektion war nach kurzer Zeit wieder vom Tisch.



Eine Kehrtwendung hat die Bundesregierung bei der Isolationspflicht gemacht. Anders als zuvor angekündigt müssen sich Corona-Infizierte ab dem 1. Mai doch weiterhin isolieren.

Die Isolationspflicht gilt ab jetzt jedoch nur noch für fünf Tage, also zwei Tage weniger als bisher.

Foto: Anna Lurye / Adobe Stock

Für Kontaktpersonen gilt die Quarantänepflicht gar nicht mehr. Für alle, die sich mit dem Coronavirus infiziert haben, sollte nach einer Ankündigung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ab dem 1. Mai die Isolationspflicht eigentlich entfallen. Die Gesundheitsämter seien nicht mehr in der Lage, die Quarantäne- und Isolations-Regelungen zu verfolgen, hatte Lauterbach als Begründung für seinen Vorstoß vorgebracht. Demnach wäre die Quarantäne nicht mehr Pflicht gewesen, sondern nur eine Empfehlung. Die Reaktionen in den Medien und sozialen Netzwerken zeigten größtes Unverständnis für diese Ankündigung. Auch Gesundheitsexpert*innen äußerten sich fassungslos. Wenig später kam die Kehrtwendung. Er habe einen Fehler gemacht, den er bedauere, erklärte Karl Lauterbach. „Das entlastet zwar die Gesundheitsämter. Aber das Signal ist falsch und schädlich“, twitterte er. Es gebe noch zu viele Todesfälle und Probleme mit Long Covid.

25. Juni 2022
Berlin

www.sovd.de/inklusionslauf



Foto: Karsten Lauer

Europäischer Protesttag hat 30-jähriges Jubiläum

Am 5. Mai „Tempo machen für Inklusion“

Am 5. Mai findet der „Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ statt – jetzt schon zum 30. Mal. Im Jahr 1992 von den Interessenvertretungen Selbstbestimmt Leben Deutschland (ISL) gestartet, gibt es ihn seitdem jährlich.

Foto: Gina Sanders / Adobe Stock
Barrierefreiheit sichert Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Foto: Martyn / Adobe Stock

Mit bundes- und europaweiten Aktionen, Demonstrationen und Fachveranstaltungen protestieren Verbände und Gruppen gegen Diskriminierung und fordern Teilhabe für alle. 2022 lautet das Motto: „Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel. Selbstbestimmung und Teilhabe überall ermöglichen!“

Für den SoVD, der für die Interessen von Menschen mit Behinderungen eintritt, ist der Tag immer ein wichtiger Termin. Der Verband ruft zum Mitmachen bei Aktionen auf. So ist er etwa bei der zentralen Demo in Berlin dabei, SoVD-Vizepräsidentin Ursula Engelen-Kefer hält eine Rede am Brandenburger Tor.

Alle Menschen in Europa sollen gleichgestellt sein. Daher ist das Datum nicht zufällig gewählt: Der 5. Mai ist auch der Europatag des Europarates.



Fernsehfilm im ZDF zur Erbkrankheit Mukoviszidose

Die Luft zum Atmen

Lange Zeit führt die Schauspielerin Miriam Maertens ein Doppelleben. Niemand soll etwas von ihrer Krankheit erfahren. Eines Tages aber führt kein Weg mehr an einer Lungentransplantation vorbei.

Sie wollte niemand sein, bei dem man zuerst an die kaputte Lunge denkt. Vor allem aber wollte sie Schauspielerin werden. Deshalb beschloss Miriam Maertens, einfach so zu leben, als wäre sie gesund. Ihre Erfahrungen und ihre Auseinandersetzung mit Mukoviszidose schilderte sie in dem Buch „Verschieben wir es auf morgen“. Nun wurde ihre Geschichte verfilmt.

„Die Luft zum Atmen“ läuft am 30. Mai um 20.15 Uhr im ZDF und ist bereits ab dem 21. Mai in der Mediathek verfügbar.



Foto: Georges Pauly/ZDF

Miriam (Eva Meckbach) genießt die frische Luft am Strand. Dass sie an Mukoviszidose erkrankt ist, hält sie vor ihrem Umfeld geheim.

Urlaubsplanung für Menschen mit Behinderungen – zusammengestellte Tipps und Ziele

Barrierefreies Reisen: Stress statt Erholung?

Reisen mit Einschränkungen ist nicht immer einfach – aber möglich. Hürden sind oft schon, schweres Gepäck in den Zug oder das Auto zu hieven oder die langen Wege am Flughafen zu bewältigen. Überwiegen sollte aber die Vorfreude darauf, neue Orte zu entdecken oder einfach mal zu entspannen.

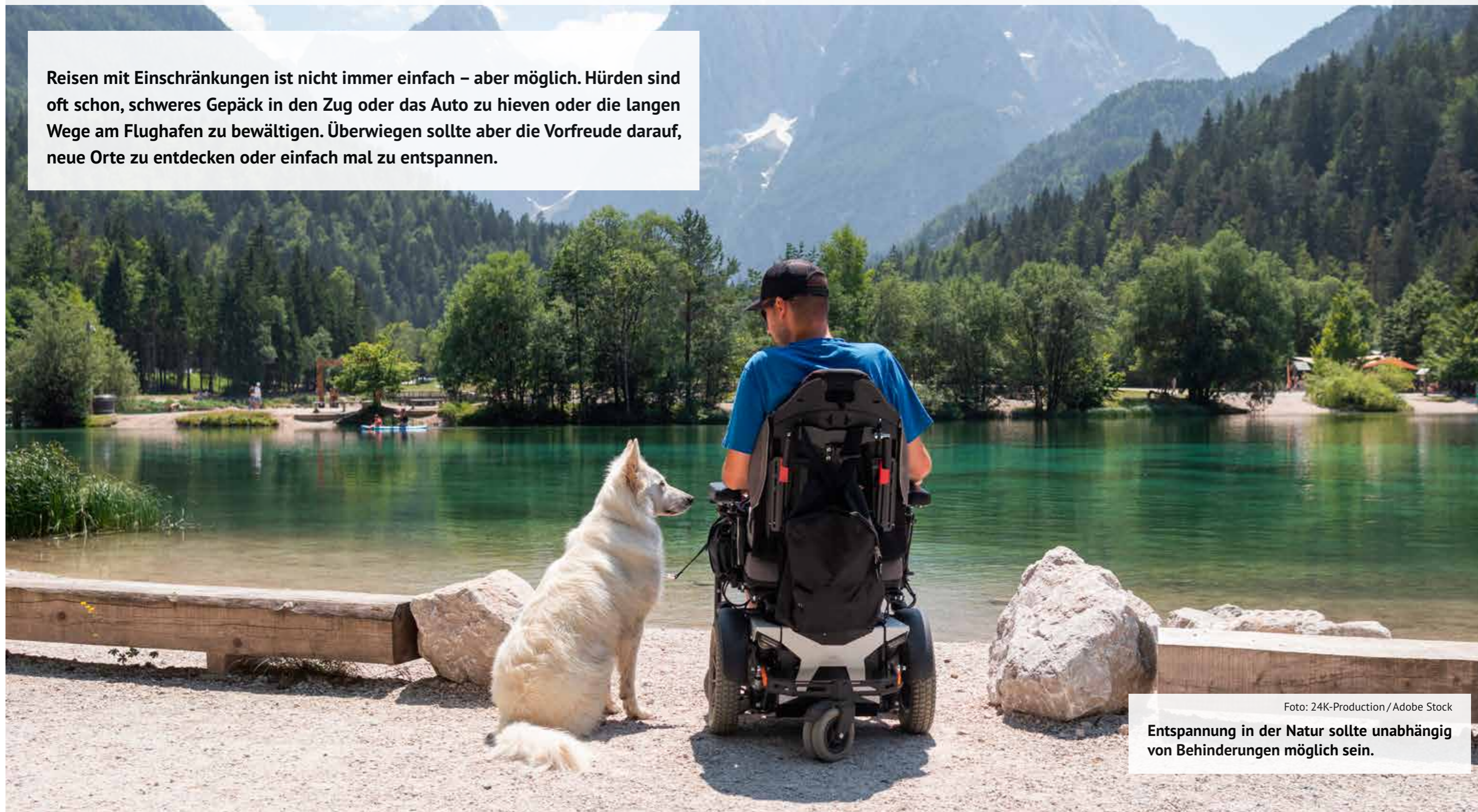


Foto: 24K-Production / Adobe Stock

Entspannung in der Natur sollte unabhängig von Behinderungen möglich sein.

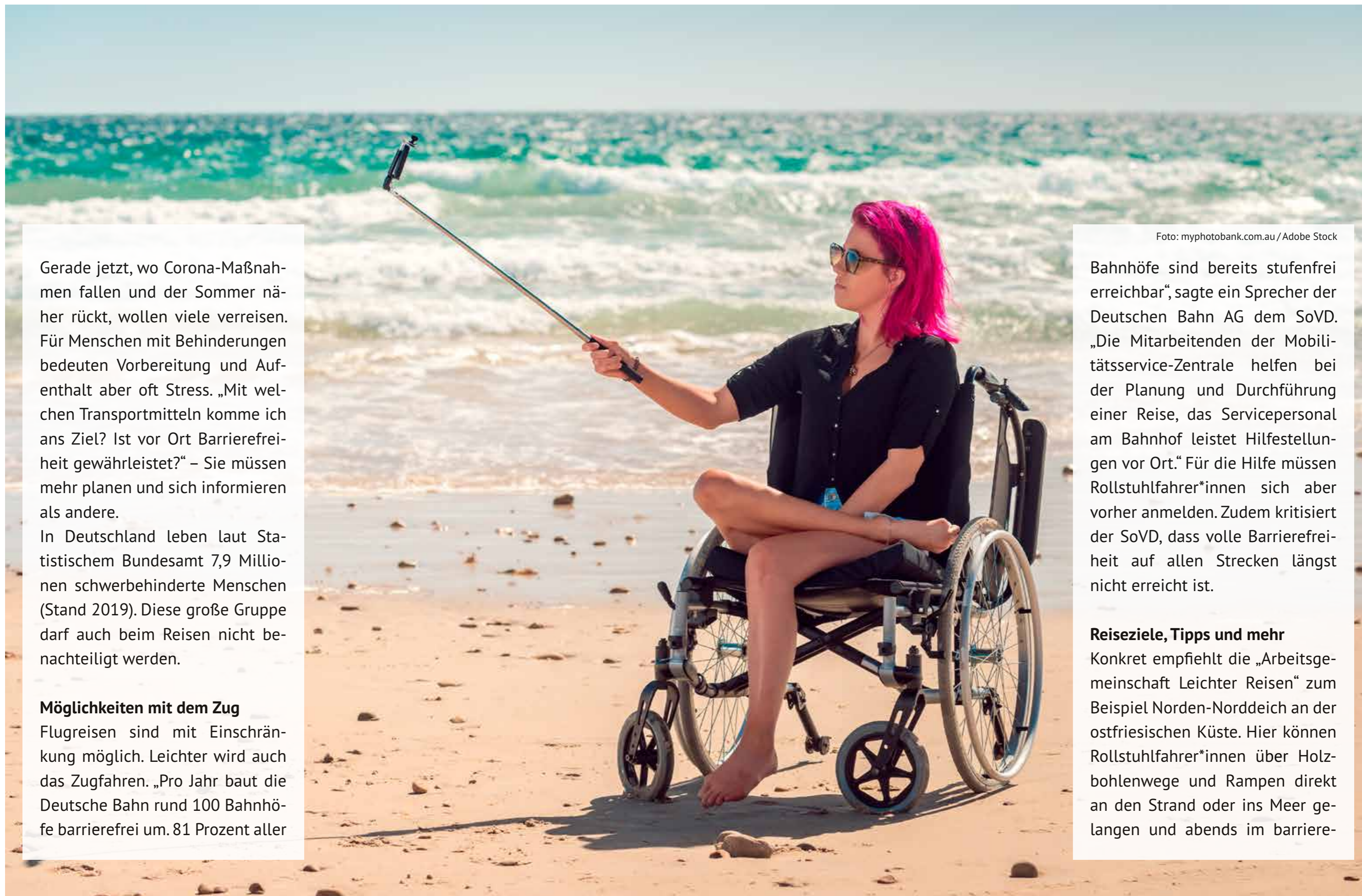


Foto: myphotobank.com.au / Adobe Stock

Gerade jetzt, wo Corona-Maßnahmen fallen und der Sommer näher rückt, wollen viele verreisen. Für Menschen mit Behinderungen bedeuten Vorbereitung und Aufenthalt aber oft Stress. „Mit welchen Transportmitteln komme ich ans Ziel? Ist vor Ort Barrierefreiheit gewährleistet?“ – Sie müssen mehr planen und sich informieren als andere.

In Deutschland leben laut Statistischem Bundesamt 7,9 Millionen schwerbehinderte Menschen (Stand 2019). Diese große Gruppe darf auch beim Reisen nicht benachteiligt werden.

Möglichkeiten mit dem Zug

Flugreisen sind mit Einschränkung möglich. Leichter wird auch das Zugfahren. „Pro Jahr baut die Deutsche Bahn rund 100 Bahnhöfe barrierefrei um. 81 Prozent aller

Bahnhöfe sind bereits stufenfrei erreichbar“, sagte ein Sprecher der Deutschen Bahn AG dem SoVD. „Die Mitarbeitenden der Mobilitätsservice-Zentrale helfen bei der Planung und Durchführung einer Reise, das Servicepersonal am Bahnhof leistet Hilfestellungen vor Ort.“ Für die Hilfe müssen Rollstuhlfahrer*innen sich aber vorher anmelden. Zudem kritisiert der SoVD, dass volle Barrierefreiheit auf allen Strecken längst nicht erreicht ist.

Reiseziele, Tipps und mehr

Konkret empfiehlt die „Arbeitsgemeinschaft Leichter Reisen“ zum Beispiel Norden-Norddeich an der ostfriesischen Küste. Hier können Rollstuhlfahrer*innen über Holzbohlenwege und Rampen direkt an den Strand oder ins Meer gelangen und abends im barriere-



freien Strandkorb den Sonnenuntergang genießen. Strandurlaub lässt sich auch an der Ostseeküste bei Rostock durch barrierefreie Zugänge machen. Wer sich aktiv bewegen will, kann das auf dem Thalasso-Kurweg Warnemünde tun – und als Belohnung an der Westmole ein- und ausfahrende Schiffe beobachten.

Wer Lust auf Bootsfahrten hat, ist im Lausitzer Seenland zwischen Berlin und Dresden richtig. Mit einem Lift kommen mobilitätseingeschränkte Menschen auf Motorboote und Segelschiffe. Alternativ kann man im Ruppiner Seenland nahe Berlin barrierefreie Bootstouren unternehmen und auf dem Campingplatz mit Blick zur Havel übernachten.

Foto: 24K-Production / Adobe Stock

Auch im Internet gibt es zahlreiche Tipps zu Reisezielen. Auf der Seite der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., www.lebenshilfe.de, steht eine Übersicht über Reiseveranstalter, die sowohl Gruppen- als auch Einzelreisen anbieten. Für Fernreisen kann man zum Beispiel auf www.urlaub-barrierefrei.info, Gewinner des Goldenen Rollstuhls in der Kategorie Reiseveranstalter, nach Orten und Unterkünften suchen. Zertifizierte Hotels in Deutschland listet auch www.reisen-fuer-alle.de.

Reiselustige mit Handicap müssen viel organisieren und klären. Aber es gibt immer mehr barrierefreie Angebote, bei denen am Ende alle ihren Urlaub genießen können – ob mit Einschränkungen oder ohne.

Hätten Sie's gewusst?

Ein Platz zu nah an der Sonne

Mit dem Wegfall vieler Corona-Beschränkungen scheint die Zeit für Fernreisen wieder gekommen. Wer in den Urlaub fliegt, sollte den Sonnenschutz möglichst schon im Flugzeug auftragen, vor allem, wenn man einen Fensterplatz ergattert hat. Denn in luftiger Höhe werden die schädlichen UV-A-Strahlen weder durch die Atmosphäre noch durch die Fensterscheibe gefiltert.

Zwar besang Reinhard Mey in „Über den Wolken“ einst die grenzenlose Freiheit. Dies sollte man im Interesse der eigenen Gesundheit jedoch nicht allzu wörtlich nehmen. Denn dort oben sind wir der für unsere Haut gefährlichen Strahlung der Sonne noch intensiver ausgesetzt als unten auf der Erde.

Es fehlt in dieser Höhe nicht allein der natürliche Schutz der Atmosphäre, auch die Flugzeugfenster können die UV-A-Strahlung nicht absorbieren. Studien zufolge ist ein einstündiger Flug von der Strahlenlast her mit einem Besuch von 20 Minuten Dauer im Solarium vergleichbar. Ebenfalls

erwiesen ist zudem, dass Pilot*innen ein deutlich höheres Hautkrebsrisiko tragen. Wer dennoch die beeindruckende Aussicht genießen möchte, sollte gerade bei Langstreckenflügen Vorkehrungen treffen. Cremes Sie sich rechtzeitig mit einem hohen Sonnenschutz ein!

Foto: Song_about_summer / Adobe Stock

Die Natur hatte das Fliegen für den Menschen nicht vorgesehen – aus gutem Grund. Wer dennoch abhebt, sollte besser vorsorgen.

Mit spitzer Feder

Polareis im Jahr 2040



Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es ausschließlich online unter www.sovd.de sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: redaktion@sovde.de, Telefon: 030 / 72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Schöne, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.